

OAOEV-Update

Osteuropa – 2020/11

(Stand: 31. August 2020)

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschusses,

mit dem aktuellen OAOEV-Update Osteuropa informieren wir Sie wieder über die Entwicklungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (außer Moldau).

Zusammenfassung

Im Nachgang der Wahlen zum Präsidentschaftsamt in Belarus (9. August) hat sich im Land eine breite Protestbewegung auf Grund von Fälschungsvorwürfen und Polizeigewalt formiert. Die Opposition bildete einen Koordinierungsrat, der als Ansprechpartner für die staatlichen Organe dienen soll. Diese lehnen den Rat jedoch ab und gehen gegen einzelne Mitglieder strafrechtlich vor.

Die Infektionsdynamik des Coronavirus hat sich nach offiziellen Zahlen in Armenien, Aserbaidschan und Belarus verlangsamt. Georgien verzeichnet weiterhin ein sehr geringes Infektionsgeschehen. Die Ukraine schließt auf Grund stetig steigender Infektionszahlen ab dem 29. August bis zum 28. September 2020 ihre Grenzen für Ausländer, um die Dynamik zu begrenzen. Quarantänemaßnahmen werden entsprechend bis in den Oktober hinein verlängert.

Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der Ost-Ausschuss in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#). In einer gesonderten wöchentlichen Übersicht informiert der Ost-Ausschuss außerdem über die Fallzahlen und Infektionsdynamiken in der Region. Weitere Entwicklungen mit wirtschaftspolitischen Folgen für die fünf Länder sowie Veranstaltungsnachlesen und eine Vorausschau finden Sie in diesem Update.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- [Wirtschaftspolitik](#)
- [Konjunktur](#)
- [Projekte](#)
- [Veranstaltungsnachlese](#)
- [Kommende Veranstaltungen](#)
- [Tipps & Links](#)
- [Kontakt](#)

Wirtschaftspolitik

Ukraine

In der Ukraine wurden in den vergangenen 14 Tagen täglich zwischen 1.500 bis knapp über 2.000 neu infizierte Personen gezählt. Vor diesem Hintergrund wird das Land **zwischen dem 29. August 2020 und dem 28. September 2020 seine Landesgrenzen für Ausländer wieder schließen**. Ausländer mit einer permanenten Aufenthaltsgenehmigung, Flüchtlinge sowie Transitreisende sind von der Regelung ausgenommen. Personen, die auf Einladung des ukrainischen Außenministeriums sowie im Rahmen diplomatischer Missionen in die Ukraine einreisen, sind gleichfalls nicht betroffen. Personal wie Berufskraftfahrer oder Crews von Flugzeugen dürfen ebenfalls einreisen.

Gleichzeitig wurden die Regionen des Landes in grüne, gelbe, orange und rote Zonen eingeteilt, um gültige Quarantänemaßnahmen anzuzeigen. Aktuell sind alle Regionen in der gelben, orangen oder roten Kategorie. Das Kabinett aktualisiert regelmäßig die Einordnung und stellt diese Informationen (in ukrainischer Sprache) auf seine Website. Die Informationen finden Sie [hier](#).

Im Juli trat der damalige Chef der **Nationalbank der Ukraine (NBU)**, Jakiw Smolij, nach eigenen Angaben auf Grund politischen Drucks, zurück. Zwischenzeitlich haben drei der sechs Vize-Gouverneure ebenfalls ihren Posten geräumt. Es ist auch zu beobachten, dass Mitarbeiter der NBU aus der zweiten und dritten Ebene zunehmend die Bank verlassen. Das bisherige Team unter der Führung Smolij's stand vor allem für die erfolgreiche Reformierung und Stabilisierung des Bankensektors sowie für fachliche Kompetenz und politische Unabhängigkeit der NBU. Beobachter befürchten nun, dass der personelle Aderlass diese Erfolge in Gefahr bringt.

Gleichzeitig meldet der Aufsichtsratschef der Nationalbank Bohdan Danylyshyn Zweifel an dem bestehenden Rahmen der **Kooperation zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Ukraine** an. Es müssten, so Danylyshyn, die nationalen Interessen der Ukraine stärker reflektiert und der konzeptionelle Rahmen der Zusammenarbeit überarbeitet werden. Ursprünglich vereinbart war die Zahlung von zwei Raten (September und Dezember 2020) aus der im Dezember 2019 vereinbarten Extended Fund Facility. Danylyshyn erwartet nunmehr maximal die Zahlung einer Rate. Vom Parlament ratifiziert wurde hingegen das Memorandum of Understanding mit der Europäischen Union (EU), das die Zahlung von 600 Millionen Euro makro-finanzieller Hilfe ermöglicht. Insgesamt stellt die EU der Ukraine 1,2 Milliarden Euro aus diesem Programm zur Verfügung.

Das **Endkundengeschäft im Gasmarkt** ist seit August 2020 **liberalisiert**. Damit endet auch die Verpflichtung, die die Gaspreise künstlich niedrig hielt. Diese werden nun im Wettbewerb bestimmt. Verschiedene Akteure versuchen, sich nun im Geschäft zu positionieren. Neben verschiedenen regionalen Anbietern (dominiert von Unternehmen des im Exil lebenden Oligarchen Dmytro Firtash) sind dies auch der staatliche Gaskonzern Naftogaz, der Mischkonzern DTEK des Oligarchen Rinat Achmetow, aber auch die ukrainische Post,

Ukrposhta. Analysten schätzen, dass 70 Prozent der Kosten auf den Gaseinkauf und 30 Prozent auf Transport und Betriebskosten entfallen. Es werden zunächst leicht steigende Verbrauchspreise erwartet. Abzuwarten bleibt, wie sich die dominierende Stellung von Naftogaz auf die Herstellung des Verbrauchsgases auswirkt. Marktteilnehmer sollen offenbar Zugang zu diesen Kapazitäten erhalten.

Das ukrainische Ministerkabinett beschloss am 17. August, das seit Oktober 1992 geltende **Abkommen über die gegenseitige Einrichtung von Handelsmissionen mit der Russischen Föderation nicht zu verlängern**. Die erste Stellvertretende Außenministerin Emine Dzheppar begründete den auslaufenden Vertrag mit dem Verlust der praktischen Relevanz des Abkommen.

Bei einem **Besuch von Außenminister Heiko Maas am 25. August in Kiew** standen die Energiepartnerschaft, die Einbindung der Ukraine in den Gemeinsamen Europäischen Luftraum sowie das Vierte Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, das im März 2021 in Berlin stattfinden soll, im Zentrum des Austausches. Premierminister Denys Schmyhal betonte, dass die Ukraine die Möglichkeiten des Vertieften Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und Deutschland verstärkt nutzen möchte. Die Deutsch-Ukrainische Energiepartnerschaft wurde am 26. August durch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und die amtierende Ukrainische Energieministerin Olha Buslavets in Berlin unterzeichnet.

Der am 24. April als amtierender Leiter der Zollverwaltung ernannte Ihor Muratov wurde per Kabinettsbeschluss am 19. August durch Andriy Pavlovskiy ersetzt, der zuvor stellvertretender Leiter der Zollbehörde war.

Belarus

Die **Proteste in Belarus gegen das offiziell verkündete Wahlergebnis** sowie die darauffolgende Gewalt durch die Sicherheitskräfte setzten sich in den vergangenen 14 Tagen fort. Es fanden neben zahlreichen, dezentral organisierten Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen auch zwei Großdemonstrationen mit jeweils über 100.000 Teilnehmern in Minsk statt. Gleichzeitig begann eine Welle von Streiks, begleitet von Rücktrittsforderungen an Alexander Lukaschenko.

Die **Opposition hat einen Koordinierungsrat gegründet**, der als Ansprechpartner für die staatlichen Stellen dienen soll, um einen gesellschaftlichen Dialog zu ermöglichen. Explizit ausgeschlossen hat der Rat, selbst Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen oder sich gegen Russland zu wenden. Seitens der Präsidialverwaltung und staatlicher Organe wird der Rat nicht anerkannt. Einzelne Mitglieder wurden strafrechtlichen Untersuchungen unterzogen. Der Rat wird kriminalisiert und nicht als Gesprächspartner gesehen.

Nach Angaben von Beobachtern sind die Streiks in belarussischen Großbetrieben weitgehend vorbei, wohl auch auf wirtschaftlichen Druck hin und wegen des drohenden Verlusts des Arbeitsplatzes für die Beteiligten. Gleichzeitig äußern sich weiterhin Mitarbeiter und Belegschaften mit Forderungen nach Neuwahlen und dem Rücktritt Lukaschenkos. Die Aktion, Abgeordnete auf dem Rechtsweg abzubrufen, gewinnt an Dynamik. In den vergangenen Tagen ging die Polizei wieder härter vor. **Der Sanktionsbeschluss der EU,**

gezielt Personen zu treffen, die für Wahlfälschungen und Polizeigewalt verantwortlich gemacht werden können, wird konkreter. Litauen legte eine ausführliche Liste für Personensanktionen vor. Derweil hält sich die Kandidatin der Opposition Swetlana Tichanowskaja weiterhin in Litauen auf.

Zwischenzeitlich zeigen sich auch **erste ökonomische Konsequenzen** der Situation. Die Weltbank geht davon aus, dass belarussische Unternehmen in den vergangenen zwei Wochen rund eine halbe Milliarde US-Dollar verloren hätten. Bereits reduzierte Subventionen und strengere Kontrollen im Agrarbereich durch Russland sowie die Unterbrechungen im Zuge der COVID19-Entwicklungen, hatten die Wirtschaft bereits unter Druck gesetzt. Hinzu kommt, dass die teilweise Abschaltung des Internets sowie die Streiks der vergangenen Tage die Wirtschaftsentwicklung weiter belasten. Die Sanktionsdrohungen aus der EU, die das Wahlergebnis offiziell nicht anerkennt, und den USA sowie unsichere Rahmenbedingungen und Perspektiven wirken sich besonders mit Blick auf internationale Unternehmen negativ aus. Vor diesem Hintergrund haben bereits einige erfolgreiche Unternehmen der Digitalwirtschaft angekündigt, das Land verlassen zu wollen und in Nachbarländer auszuweichen. Damit wird eine Branche stark geschädigt, die in den vergangenen Jahren dynamisch wuchs, international wettbewerbsfähig ist und für Belarus ein Zukunftssektor ist.

Rund 75 Prozent des belarussischen Bruttoinlandsprodukts werden durch staatliche Unternehmen erwirtschaftet. Bisher galten die Belegschaften als Unterstützer von Präsident Lukaschenko. Dass deren Belegschaften zum Teil in den Streik traten, deutet auf eine erodierende Machtbasis hin und kann größere ökonomische Konsequenzen im Sinne einer geringen Produktivität haben, selbst wenn die Streiks beendet werden.

Die Abwertung des Belarussischen Rubels setzt sich unterdessen fort. Die Landeswährung (BYN) gab bereits im Frühjahr stark nach. Dieser Prozess hat seit Mitte des Monats August an Dynamik gewonnen. Am 1. August notiert der Rubel noch mit 2,90 BYN/Euro, am 27. August stand der Kurs bei 3,15 BYN/Euro, mit steigender Tendenz. Zudem gestaltet sich die Auszahlung ausländischer Währung wie US Dollar und Euro zum Teil schwierig oder findet nicht mehr statt.

Der **Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes** hat sich am 28. August in **einem Presse-Statement zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise in Belarus** geäußert. Demnach beginne die aktuelle Situation sich negativ auf die Wirtschaft des Landes auszuwirken: „Die Attraktivität des Standorts lebt insbesondere von qualifizierten Fachkräften im Land, die ein modernes und offenes Lebensumfeld wünschen. Zudem werden Strukturen benötigt, die unternehmerische Aktivitäten fördern und unterstützen. Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der deutschen Wirtschaft von großer Bedeutung, dass sich auch in Belarus Schritt für Schritt ein demokratisches, marktwirtschaftliches und wettbewerbsoffenes Umfeld entwickelt.“

Das Statement finden Sie hier

<https://www.oaoev.de/de/wirtschaftsstandort-belarus-leidet-massiv>

Südkaucasus

Mit Blick auf die Infektionsdynamik des Coronavirus verzeichnen **Armenien** und Aserbaidschan tägliche Neuinfektionen im niedrigen drestelligen Bereich, wobei Armenien weiterhin stärker betroffen ist als **Aserbaidschan**. In Aserbaidschan gilt noch bis zum 31. August ein verschärftes Quarantäne-Regime. **Georgien** hat die Ausbreitung der Pandemie weiterhin unter Kontrolle. Insgesamt infizierten sich nur 0,04 Prozent der Bevölkerung mit dem Virus (Armenien: 1,45 Prozent, Aserbaidschan: 0,35 Prozent). Damit ist Georgien das Land mit der niedrigsten Ansteckungsrate im Länderbereich des Ost-Ausschuss.

Konjunktur

Ukraine: Das ukrainische Statistikamt teilte mit, dass das Land in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 Waren im Wert von 22,9 Milliarden US-Dollar exportierte. Dies entspricht einem Rückgang von 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Waren im Wert von 24,2 Milliarden US-Dollar wurden importiert, ein Rückgang von 14,3 Prozent. Insgesamt belief sich das Handelsdefizit der Ukraine in der ersten Hälfte des Jahres 2020 auf 1,3 Milliarden US-Dollar.

Die Industrieproduktion im Land erholt sich langsam und legte im Juli 2020 um 1,4 Prozent gegenüber dem Vormonat zu. Dies sind jedoch noch 4,4 Prozent weniger als im Juli 2019. Im ersten Halbjahr 2020 sank die industrielle Produktion um 8,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Das Bruttoinlandsprodukt sank im zweiten Quartal 2020 um 11,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Armenien: Im Juli 2020 lagen die Wirtschaftsaktivitäten in Armenien um 10,2 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Besonders die Bauwirtschaft (minus 19,5 Prozent) und der Handelsbereich (minus 10,4 Prozent) sind von dem Rückgang betroffen. Das Außenhandelsvolumen ging um 14,3 Prozent zurück (Exporte minus 5,9 Prozent, Importe minus 18,6 Prozent).

Positiver sehen die Zeichen im Vergleich zum Vormonat aus. Im Juli stieg der Index der wirtschaftlichen Aktivität um 9,7 Prozent im Vergleich zum Juni. Die besonders stark vom Einbruch betroffenen Sektoren Bau und Handel stiegen am stärksten. Der Außenhandel nahm um 2,4 Prozent zu.

Georgien: Das Außenhandelsvolumen Georgiens ist im ersten Halbjahr 2020 um 18 Prozent geringer ausgefallen als im Vorjahreszeitraum. Der Export ging um 16 Prozent zurück, der Import um 19 Prozent.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Der Ost-Ausschuss organisierte am 26. August ein **Unternehmertreffen mit der ukrainischen Energieministerin Olha Buslavets**, das sowohl als Präsenzveranstaltung stattfand, aber auch online verfolgt werden konnte. Als Gastransitland und potenzieller Strom- und Wasserstofflieferant spielt die [Ukraine](#) eine wichtige Rolle für die deutsche und europäische Energieversorgung. Weitere Themenschwerpunkte waren die Reform im Gas- und Stromsektor des Landes, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Zusammenarbeit im Bereich Wasserstoff und der Strukturwandel in den ukrainischen Kohlegebieten. Die Bedeutung als wichtiger Energiepartner spiegelt sich nun auch in der Vereinbarung einer Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft wieder, die zu einem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen beitragen soll. Zu deren Unterzeichnung mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier kam die ukrainische Energieministerin Olha Buslavets am 26. August nach Berlin. Den vollständigen Bericht zur Veranstaltung können Sie [hier](#) lesen.

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an zusätzlichen Onlineformaten, um Ihnen fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Weiterhin sind auch wieder erste Präsenzveranstaltungen in Planung.

- 2. September 2020:** Belarus-Briefing mit dem Deutschen Botschafter in Belarus – **auf Einladung**
- 17. September 2020:** Diplomacy meets Digitalization mit dem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft – **auf Einladung**
- 30. September – 2. Oktober 2020:** Wirtschaftspolitische Gespräche Ukraine (tbc)
- 7. Oktober 2020:** [Belarus als IT-Standort mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finance und KI](#) (mehrteilige Online-Reihe); Schwerpunkt: E-Health.
- 15. Oktober 2020:** Deutsch-Armenischer Wirtschaftstag, Jerewan (digital)
- Zweite Jahreshälfte 2020:** Delegationsreise Aserbaidschan (tbc)
- 10. November 2020:** Wirtschaftsforum Östliche Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Düsseldorf

Tipps & Links

Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA im Kampf gegen die COVID19-Pandemie erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.oaev.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte wieder reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Übersicht zu den Maßnahmen der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** in den Ländern der Östlichen Partnerschaft: <https://www.ebrd.com/news>

Informationen der **Europäischen Union** zu Unterstützungsmaßnahmen der Länder der Östlichen Partnerschaft: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_562

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien. <https://www.german-economic-team.com>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>

Deutsche Botschaft in Aserbaidschan:
<https://baku.diplo.de/>

Deutsche Botschaft in Belarus:
<https://minsk.diplo.de/by-de>

Deutsche Botschaft in Georgien:
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>

Deutsche Botschaft in der Ukraine:
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer Website, auf Facebook, Linkedin, Xing und bei Twitter.

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113 Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegebein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.